

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

2/XXI/739

Bonn, den 26. Juli 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die Gleichschaltung</u> Meyers' Wiederwahl - Lohn der Angst	51
2 - 3	<u>Die Zonengrenze und die Bundesrepublikaner</u> Erschreckende Unkenntnisse über die Lage der Mitteldeutschen Von Klaus Rusticus, Hannover	78
4	<u>Ohne die Erde...</u> Rasche Fortschritte an der Weltraumkonferenz Von Pierre Simonitsch, Genf	45
5	<u>In Spanien brodeit es weiter</u> Auseinanderetzung Monarchisten - Regime erreicht Höhepunkt Von unseren ED-L-Korrespondenten in Madrid	50
<u>ANHANG zur Beachtung der Kulturredaktionen</u>		
6 - 7	<u>"Dortmunder Gruppe 61"</u> Keine Vereinigung von "Arbeiterdichtern" Von Wolfgang Körner	97

Die Gleichschaltung

Meyers' Wiederwahl - Lohn der Angst

sp - In Düsseldorf pfeifen es die Spatzen von den Dächern: Die Wiederwahl des in der Landtagswahl vom 10. Juli 1966 geschlagenen CDU-Ministerpräsidenten Franz Meyers ist nicht das Ergebnis der besseren politischen Einsicht von 100 der CDU und FDP angehörenden Landtagsabgeordneten: Sie ist die vorläufige Endstation einer von Bonn aus in Bewegung gesetzten Gleichschaltungskampagne. Schon am Montagabend wurde in Düsseldorf bekannt, daß insgesamt 16 persönliche Interventionen bei CDU- und FDP-Abgeordneten notwendig waren, um Franz Meyers über die Hördern zu bringen. Welcher Art diese Interventionen waren und wer demnächst auf welchen Posten landen wird, dürfte nicht mehr lange unbekannt bleiben.

Den Strategen der Bonner Parteizentralen, vor allem aber dem ergeren Mitarbeiterkreis Professor Erhards ging es hierbei nicht etwa um das Schicksal des volkreichsten Landes der Bundesrepublik. Über diese macht man sich im Augenblick nur wenig Sorgen. Entscheidend war und ist das Schicksal einer Legende, personifiziert durch den schon längst nicht mehr legendären Bundeskanzler Professor Erhard. Dieser Mann und seine nicht vorhandene Politik haben die Wahl vom 10. Juli in Nordrhein-Westfalen verloren. Trotzdem will man den Nimbus und die Legende des Mannes weiterleben lassen. Deshalb mußte Meyers mit Ach und Krach über den Graben gehievt werden; deshalb mußten die Sieger der Wahl ausgeschaltet bleiben und nur deshalb scherte man sich in Düsseldorf den Teufel darum, ob notorische Verssger noch einmal das Zepter in die Hand nehmen sollten oder nicht.

- * Der CDU im Bund und in Nordrhein-Westfalen geht es darum, Zeit zu gewinnen. Ein zugkräftiger Nachfolger für Erhard ist nicht in Sicht. In dem Durcheinander der Gruppenkämpfe bei der CDU, angesichts der noch verhaltenen Offensive des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß auf neue Machtpositionen in Bonn verzichtet man auf Politik. Meyers' Wiederwahl zum Ministerpräsidenten ist der Lohn der Angst, jene Triebkraft, die schon oft aus Gummilöwen vermeintliche Helden werden ließ.

Ginge es jedoch nur um Personen, wären die Dinge einfacher. In Nordrhein-Westfalen muß das Gegenteil vor dem gemacht werden, was man jahrelang nicht getan hat: Gerade in diesem Land muß Politik für die Zukunft gemacht werden. Millionen fleißige Menschen wollen, daß man ihre Leistungen respektiert, daß man sie ernst nimmt und mit Kraft die Lösung ihrer Existenzprobleme anpackt. Deshalb haben sie am 10. Juli den bisher Regierenden eine Absage erteilt; deshalb haben sie SPD gewählt. Anders ist das Ergebnis der Landtagswahl nicht zu deuten.

Die Sozialdemokratie weiß, was die Wähler von ihr jetzt erwarten. Sie wird, ausgestattet mit dem Vertrauensvotum von fast 50 Prozent der Wähler, in Nordrhein-Westfalen und im Bund die Fälscher des Wählerwillens jeden Tag erneut stellen. Sie wird in der Sache hart und unerbittlich Scheinlösungen der anstehenden Probleme zurückweisen, sie wird auf den Kern des Notwendigen vorstoßen und kein Bardon jenen geben, die mit billigen Phrasen das Volk über ihre eigenen Schwächen hinwegzureden Gedanken. Immer zur Übernahme der Verantwortung bereit, wird die Sozialdemokratie in der vordersten Front des Angriffs auf die Bastionen von Spekulantentum und Volksbetrug stehen. Die Gleichschaltung auf der bereits abgedankten Bonner Bundeskanzler wird ein Stück Papier bleiben.

Die Zonengrenze und die Bundesrepublikaner

Erschreckende Unkenntnisse über die Lage der Mitteldeutschen

Von Klaus Rusticus

"Die niedersächsische Landesregierung hat sich seit einigen Jahren die Aufgabe gestellt, jedem Besucher des Zonenrandes die Ursachen und Folgen der Teilung Deutschlands aufzuzeigen. Ziel dieser Arbeit ist, die Menschen anzuregen, auf ihre Weise und mit den ihnen gegebenen Möglichkeiten an der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas mitzuwirken", so schrieb der Niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten, für Vertriebene und Flüchtlinge, Frau Maria Meyer-Severnich, auf ein Faltblatt, das von der Landesregierung in Hannover (SPD/CDC-Koalition) schon vor längerer Zeit herausgegeben wurde und seitdem Besuchern der niedersächsischen Zonengrenze überreicht wird. Die niedersächsische Landesregierung ist sich bewusst, dass es einer weit größeren Informationstätigkeit bedarf, um allen Bürgern der Bundesrepublik diese 1381 Kilometer lange Demarkationslinie zu vergegenwärtigen.

Impressionen: einige hundert Kilometer entfernt...

Der freundliche Polizist, von dem ein Reisender aus einer niedersächsischen Großstadt irgendwo in Ruhrgebiet eine Auskunft einholte, erkundigte sich zunächst nach dem Wohnort des Fragenden und sagte: "Wann verschwindet denn endlich bei euch der Spitzbart..." (womit er unmissverständlich SED-Chef Ulbricht meinte).

In einer Gaststätte irgendwo in einer rheinischen Stadt wusste die Wirtin gemeinsam mit einem zufällig anwesenden Besucher aus Mitteldeutschland, dass die gleiche niedersächsische Großstadt noch in der Bundesrepublik liegt. Einige junge Männer hingegen wollten in dem Lokal sogar noch eine Wette eingehen, dass die Stadt "jenseits" des Eisernen Vorhangs zu finden wäre.

Das Beispiel der hier angezogenen Gemeinde in Niedersachsen ist nur ein herausgegriffenes. Deshalb interessiert hier auch der Name nicht. Würde er genannt, müsste sich der Ordnungshüter aus der Stadt an der Ruhr heute noch schämen... und mit ihm viele andere Westdeutsche, die ebensowenig wussten, wo die Zonengrenze verläuft.

Nur soviel sei verraten: diese Großstadt in Niedersachsen ist der Sitz eines weltbekannten Eisen- und Stahlunternehmens; es ist also kein kleines Dorf, das man einige hundert Kilometer von der Grenze entfernt nicht kennen müsste.

Die große Unkenntnis im Lande

Vor noch nicht langer Zeit geschah es, dass der Polizeichef der gleichen niedersächsischen Stadt ein amtliches Schreiben erhielt, das eine westdeutsche Staatsanwaltschaft in die SBZ schicken wollte. Von der Bundespost allerdings war der Brief an die richtige Adresse geleitet worden. Solcherlei Patzer wären noch mit einigen Husar zu ertragen, wenn diese Beispiele nicht geradezu symptomatisch wären. Je weiter ein Bundesbürger von der Grenze, die Deutschland teilt, entfernt lebt, desto größer wird seine Unkenntnis über den Todesstreifen.

ja auch über das soziale Ost-West-Gefälle von der Demarkationslinie aus gen Bonn und darüber hinaus.

"Den Menschen drüben das Leben erleichtern..."

...so überschrieb ein "Bonner Büro" dieser Tage einen Bericht, der im Rahmen eines kostenlosen Artikeldienstes westdeutscher Zeitungen zugeschickt wurde. "Die Menschen drüben dürfen sich nicht vergessen fühlen..." so eine weitere Überschrift aus der gleichen Quelle, von der schliesslich noch ein Faltblatt mit umfangreichen Vergleichszahlen darüber beigelegt wurde, "wie man drüben lebt".

Ganz abgesehen davon, dass die gute Absicht jenes Büros in der Bundeshauptstadt hier nicht abgewertet werden soll, ist dieser Artikeldienst trotzdem nicht ohne Tragikomik. Denn wie kann man auf solchem Wege summarisch Bundesrepublikaner anregen, "den Menschen drüben das Leben zu erleichtern", wenn nicht einmal jeder Zweite oder Dritte von ihnen weiss, wo die Demarkationslinie beginnt.

Eine Aufgabe des Gesamtdeutschen Ministeriums

...müsste es sein, die bis dato unzureichende Unterrichtung der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zu erkennen und eine systematische Unterrichtung einzuleiten. Das Geld, das hierfür ausgeben wird, wird sinnvoll angelegt.

Besondere Aufgaben der Kultusminister der Länder sollte es sein, für eine wahrheitsgetreue "deutsche Geographie" in den Schulen Sorge zu tragen. Analog dazu sollte das Gesamtdeutsche Ministerium für die Mittelbereitstellung eintreten damit in den Schulen ausreichendes Anschauungsmaterial über die Zonengrenze und überhaupt über das zur Verfügung steht, was "hüben" und was "drüben" liegt. Und schliesslich müsste man nach Mitteln und Wegen suchen, damit wenigstens jeder Oberstufe eines bundesrepublikanischen Gymnasiums oder einer Realschule eine Studienfahrt an die Zonengrenze zur Pflicht gemacht wird. Für Reisen an die Zonengrenze durch Volksschulen müssten finanzielle Hilfen geschaffen werden.

Diejenigen aber, die publizistisch das Volk aufrütteln wollen, damit sie hin und wieder daran denken, dass "auch drüben Deutsche leben", sollten es sich in Zukunft möglichst regelmässig zur Pflicht machen, darüber zu berichten, wo die Demarkationslinie verläuft.

Viele wissen es leider nicht.

+ + +

Ohne die Erde...

Rasche Fortschritte an der Weltraumkonferenz

Von Pierre Simonitsch, Genf

"Wie in den Flitterwochen" bezeichnete der indische Delegierte Krischna Rao die Stimmung an der 28-Nationen-Konferenz über die Reinhaltung des Weltraums von Waffen. Gleich am ersten Verhandlungstag machten sich die Russen und Amerikaner - die jeder einen eigenen Vertragsentwurf unterbreitet haben - wesentliche Zugeständnisse. Organisiert wird die Konferenz vom juristischen Unterausschuß des UNO-Komitees für die friedliche Nutzung des Weltraums. Die erste Konferenzwoche blieb der Generaldebatte vorbehalten.

Der amerikanische Vertragsentwurf umfaßte ursprünglich nur "den Mond und die anderen Himmelskörper", der sowjetische den Weltraum als Ganzes - ohne die Erde natürlich. Während der Generaldebatte machten die meisten Redner kein Hehl daraus, daß sie der sowjetischen Formulierung den Vorzug geben, weil diese auch der Abschluß von bewaffneten Satelliten auf Erdumlaufbahn verbietet. Arthur Goldberg, der amerikanische Delegationsleiter, ließ sich nicht lange drängen und erklärte sich schon am ersten Verhandlungstag bereit, den angestrebten Vertrag auf "den Weltraum, einschließlich des Mondes und der Himmelskörper" auszudehnen. Über die zwei ersten Artikel wurde auf der Basis des leicht modifizierten sowjetischen Vertragsentwurfs Einigung erzielt. Goldberg akzeptierte schließlich einen weiteren Vorschlag der Sowjetunion, und half bei der Ausarbeitung eines Artikels mit, welcher es ausdrücklich verbietet, Massenvernichtungswaffen auf Erdumlaufbahn zu setzen. Doppelt hält vielleicht besser.

Dafür verhielt sich der sowjetische Delegationschef Korozow wohlwollend gegenüber den im Vertragsentwurf der USA enthaltenen Grundsätzen, wonach erstens alle Weltraumstationen mitsamt parkierten Raumfahrzeugen Vertretern anderer Staaten zur Besichtigung offenstehen sollen und zweitens dem UNO-Generalsekretär laufend Bericht über die Natur der unternommenen Forschungen erstattet werden muß. Allerdings machte Korozow Einschränkungen: Besuche in fremden Weltraumanlagen müßten zuvor angekündigt und genehmigt werden; die Berichterstattung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen solle auf freiwilliger Basis erfolgen. Die Annahme dieser Einschränkungen würde natürlich die generöse amerikanische Idee des "offenen Weltraums" stark verwässern.

Der sowjetische Delegationsleiter betonte, daß er keineswegs unwillige Vorsichtsmaßnahmen in den Weltraumvertrag bringen wolle. Ein solcher Vertrag müsse aber allen Eventualitäten Rechnung tragen. Es könne beispielsweise einmal in einer Forschungsstation auf fremden Sternen der Sauerstoff knapp werden und Besuche wären dann unwillkommen. Die von den Amerikanern vorgeschlagene Berichterstattung an die UNO - und damit an die gesamte Welt - nannte Korozow selbst ein "unanfechtbares Prinzip". Er erklärte aber nicht, warum dann die Sowjetunion keine diesbezügliche Verpflichtung eingehen möchte.

In Spanien brodelt es weiter

Auseinandersetzung Monarchisten - Regime erreicht Höhepunkt

ED-1 - Einen neuen dramatischen Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung zwischen den Monarchisten, die sich für die Ansprüche des Grafen von Barcelona (Don Juan) stark machen, und der Madrider Regierung.

Anlass für den neuen politischen Zwist war ein Artikel, in dem der Kolumnist der monarchistischen Madrider Zeitung "ABC", Luis M. Anson, die konstitutionellen Monarchien Skandinaviens und der Benelux-Länder sowie Grossbritanniens über den grünen Klee lobte.

Als die Zeitung am Morgen des 21. Juli erschienen war, führen Bereitschaftspolizisten sämtliche Zeitungskioske ab, um die Ausgabe einzuziehen - ein grosser Teil der Auflage war indessen bereits ausgeliefert.

Anson hatte die konstitutionelle Monarchie als die Lösung der politischen Probleme Spaniens herausgestrichen und die "totalitären Kräfte" dafür verantwortlich gemacht, dass die antimonarchistischen Bestrebungen so stark sind. Der Autor vergass nicht den Hinweis, dass die von ihm zitierten Monarchien fast sämtlich sozialdemokratische Regierungen haben.

Er verwies auf ein von den Monarchisten veranstaltetes "Namens-tag-Essen" zu Ehren von Don Juan, an dem selbst Sozialisten wie Prof. Ernesto Picerno-Galván und Prof. José L. López-Arenguren sowie der bekannte oppositionelle Liberale Joaquin Sarrástegui teilgenommen hatten. Anson vergass auch nicht, Dionisio Ridruejo zu erwähnen, der sich heute oppositionell gibt, obwohl er nach seiner Rückkehr von der "Elauen Division" in Spanien die Ausrottung der Zigeuner und die "Aufordnung des spanischen Menschen" vorgeschlagen hatte (dies war der Grund, warum er in Ungnade gefallen ist - nicht etwa seine "Scheinsonnposition").

Der Chefredakteur des Syndikatsorgans "Pueblo", Emilio Romero, hatte denn auch keine Schwierigkeit, Ansons Artikel aufzuspieessen und wie ein Stier auf die Hörner zu nehmen. Am gleichen Nachmittag entgegnete Romero, Anson lobe einen "Opus-Dei"-Mann, der als Zivilgouverneur in Sevilla kläglich versagt hatte. Anson musste auch den Vorwurf einstecken, dass die konstitutionellen Monarchien Nord- und Westeuropas mit Spanien nicht zu vergleichen sind, einem demokratisch unterentwickelten Land, das leicht wieder völlig unter den Einfluss der reaktionären Granden gerate. Romero wies auf den "Fall Sástago" hin und verurteilte die Restaurationbestrebungen der Anhänger von Don Juan. Der "unrealistische Aufsatz" von Anson würde von Romero überraschend zerplückt. Anson hatte nämlich eines vergessen: was etwa in Holland möglich wäre, ist in Spanien undenkbar - etwa eine Begegnung mit einer Keisje auf der Strasse, die man um Auskunft bittet und in Wirklichkeit eine Prinzessin des Hauses Oranien ist. In Spanien sondert sich noch heute die Adelskaste streng ab vom "Pöbel", der "nur dafür da ist, für uns zu arbeiten", wie mancher Adlige ganz offen zugibt. Solange in Spanien noch das Kastendenken herrscht und die Demokratie ein Wunschtraum bleibt, ist die Monarchie die schlechteste aller Lösungen.

"Dortmunder Gruppe 61"

Keine Vereinigung von "Arbeiterdichtern"

Von Wolfgang Körner

Seit fünf Jahren gibt es die "Dortmunder Gruppe 61". Vor fünf Jahren fanden sich Schriftsteller, Diktoren, Kritiker und Wissenschaftler erstmalig um Fritz Häser zusammen; der Begriff "Dortmunder Gruppe 61" drang erstmalig in die Öffentlichkeit, die literarischen Arbeiten der Autoren der Gruppe werden seither mit ständig wachsendem Interesse beobachtet, kritisiert, analysiert und eingeordnet. Grund genug, sich hier mit der Gruppe zu befassen, auch im Hinblick auf die nächste Jahrestagung der Gruppe sozialistischer Verleger und Buchhändler, bei der die "Dortmunder Gruppe 61" Gegenstand von Vorträgen und Diskussionen sein wird.

Das Programm der "Dortmunder Gruppe 61" umreißt klar die Aufgaben, die sich dieser Kreis gestellt hat:

- * Literarisch-künstlerische Auseinandersetzung mit der industriellen Arbeitswelt der Gegenwart und ihrer sozialen Probleme.
- * Geistige Auseinandersetzung mit dem technischen Zeitalter.
- * Kritische Beschäftigung mit der sozialen Literatur anderer Völker.

Die Gruppe ist offen; jeder Autor, der Arbeiten zur Kritik stellt, die thematisch dem Aufgabenkreis der Gruppe entsprechen und die künstlerisch gestaltet sind oder zumindest Ansätze zu eigener Form erkennen lassen, kann sich zur Lesung stellen. In dieser ersten internen Lesung wird entschieden, ob der zur Kritik gestellte Text den thematischen Aufgaben der Gruppe entspricht und die Qualität aufweist, die von den Gruppenmitgliedern vorausgesetzt wird, bevor sie einen Autor der Öffentlichkeit vorstellen.

Auf die Form einer festen Organisation, etwa nach dem Vereinsgesetz, wird verzichtet. Die Gruppe ist kein literarischer Verein. Die Mitglieder der Gruppe - das Wort Mitglieder ist hier ein Aushilfsausdruck, es gibt kein geeignetes Wort für diese denkbar lose Form der Bindung - haben bisher eine recht anscheinliche Anzahl von Veröffentlichungen vorgelegt:

"Neue Industriedichtung" - Eine laufend erscheinende Reihe von Lyrik- und Prosabeiträgen, die von Fritz Häser herausgegeben wird und im Paulus-Verlag, Recklinghausen erscheint.

"Der Durchbruch", Roman, Bruno Gluchowski, 1964, Paulus-Verlag.

"Der Königkötter", Roman, Bruno Gluchowski, 1965, Paulus-Verlag.

"Männer in zweifacher Nacht", Roman, Max von der Grün, 1962, Paulus-Verlag.

"Licht und Feuer", Roman, Max von der Grün, 1963, Paulus-Verlag.

"Fahrtunterbrechung" Erzählungen, Max von der Grün, Europäische Verlagsanstalt. Neben diesen Einzelveröffentlichungen der Autoren der Gruppe liegen zahlreiche Beiträge in Zeitschriften, Zeitungen und Anthologien vor.

Von Anfang an gerieten die Arbeiten der Gruppenmitglieder in außerliterarische Kritik. Die Beschäftigung mit der Arbeitswelt ist

in jeder Gesellschaftsordnung ein Politikum ersten Grades.

Max von der Grün zeichnete in seinen Romanen die Arbeitswelt des Bergmannes mit schonungslosem Realismus, hier kamen Töne in das gepflegte Konzert des literarischen Lebens in der Bundesrepublik, die man vorher nicht vernommen hatte. Die Reaktion der Betroffenen war dementsprechend eindeutig: Prozesse gegen Max von der Grün, Prozesse, die der Autor gewonnen hat.

Die Prozesse verschafften der Gruppe von Anfang an eine ungewöhnliche Publizität. Neben der Literaturkritik bemächtigte sich der politische Journalismus des Themas, und es ist heute schwer feststellbar, wer es war, der zuerst den Begriff "Arbeiterdichtung" für die Gruppe prägte. Sei es fahrlässig, sei es absichtlich geschehen: den Autoren der Gruppe hängt seither das Firmenschild "Arbeiterdichtung" um den Hals, ein Begriff, der weder auf die Autoren, noch auf ihre Arbeiten zutrifft.

Die Arbeiterdichtung ist historisch, aus der Situation des Klassenkampfes entstanden, ist Dichtung von Arbeitern, ist nicht wiederholbar. Die Autoren der Gruppe 61 stehen im Beruf, soweit sie nicht freie Schriftsteller sind. Diese Berufstätigkeit steht nur insofern mit den Arbeiten der Autoren in Verbindung, wie sie häufig zu genauer Kenntnis des Themas führt. Dennoch: der Schriftsteller von der Grün hat den Roman "Irrlicht und Feuer" geschrieben, nicht der Bergmann von der Grün! Die Annahme, daß in der Literatur der Gegenwart eine Sonderstellung möglich sei, ist ein Irrtum.

Zu der Berichtigung dieses Vorurteils sollte auch die Entwicklung der Gruppe führen: die letzten Lesungen haben bewiesen, daß literarisch wertlose Texte keinerlei Gegenliebe in der Gruppe finden, sie werden schonungslos kritisiert und zwar nach literarischen Gesichtspunkten. Für die Kritik ist es uninteressant, ob da ein Schriftsteller seinen Lebensbedarf durch Arbeit in einem Lektorat in einem Stahlwerk erwirbt, wichtig ist allein, daß die Arbeiten in dem thematischen Bereich der Gruppe 61 beheimatet sind und daß sie Gestaltungskraft erkennen lassen.

Versucht man aus den bei den letzten Lesungen vorgetragenen Texten eine Entwicklungsrichtung der Gruppe zu erkennen, wird man unsicher feststellen, daß der "Trend" zum mit genauer Sachkenntnis und dem gewählten Thema entsprechender literarischer Form gestalteten Text geht. Hier wird offenkundig, welchen Anforderungen der Schriftsteller gewachsen sein muß, der sich mit der Thematik der Gruppe befaßt: er hat es mit Themen zu tun, die verwickelt und derart vielschichtig sind, daß allein zum Erkennen der sozialen, technischen und gesellschaftspolitischen Zusammenhänge die Fähigkeit zum analytischen Denken notwendig ist.

Die überlieferte Sprache ist den neuen Gegebenheiten der industriellen Arbeitswelt nicht mehr adäquat, die literarische Auseinandersetzung beispielsweise mit der Situation eines hochqualifizierten Programmierers wird weder kompositorisch, noch sprachlich mit überlieferten Mitteln möglich sein. Hier würde der Literatur neue Welten auf völlig neue Weise erschlossen werden: die Thematik macht die Autoren zu Seismographen im Zentrum der Umwälzungen in der Industrie auf der Schwelle zur zweiten industriellen Revolution. Grund genug, die Gruppe zu beachten.